

Berliner Büro
Stabsstelle Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit

Reinhardstraße 13
10117 Berlin

Ihre Ansprechpartnerin
Claudia Beck
Telefon-Durchwahl 030 28 44 47-43
Telefax 030 28 44 47-55
Claudia.Beck@caritas.de
www.caritas.de

Grußwort

SPERRFRIST 05. Juni 2018, 18 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort!

Jahresempfang des Deutschen Caritasverbandes 2018 **„Jeder Mensch braucht ein Zuhause“** **Dienstag, 05. Juni 2018, 18:00 Uhr** **Katholisches Schulzentrum Edith Stein**

Jeder Mensch braucht ein Zuhause. Mit dem Claim unserer aktuellen Kampagne wird deutlich, welche Bedeutung die Wohnung für uns Menschen hat. Eine Wohnung schützt die Intimsphäre ihrer Bewohner, sie bietet Geborgenheit und Sicherheit. Und sie ist eine wichtige Voraussetzung für soziale Teilhabe: Kinder spielen hier mit ihren Freunden, Verwandte und Freunde werden eingeladen und bewirtet.

Doch immer mehr Menschen machen die bittere Erfahrung, dass die Suche nach einer Wohnung ein nahezu aussichtsloses Unterfangen ist. In vielen Großstädten und Ballungszentren findet man kaum mehr bezahlbaren Wohnraum. Dabei treffen knapper Wohnraum und steigende Mieten nicht mehr nur Menschen mit geringem Einkommen. Auch Menschen aus der Mittelschicht, die als Pfleger, Polizist, Krankenschwester oder Erzieherin arbeiten, erleben, dass bezahlbarer Wohnraum Mangelware geworden ist. Das Problem hat die Mitte der Gesellschaft erreicht.

Wie sehr dieses Thema die Menschen bewegt, belegen u.a. die Ergebnisse einer Studie, die wir in Vorbereitung der Kampagne beauftragt haben. In der vom Beratungsinstitut IPSOS durchgeführten repräsentativen Befragung wird deutlich, dass bezahlbares Wohnen neben Pflege, Kinderarmut und Alterssicherung zu den drängendsten politischen Themen gehört. Als gravierende Folgen hoher Wohnkosten werden von mehr als drei Viertel der Befragten ein erhebliches Armutsrisiko, Beeinträchtigung der Entwicklungschancen von Kindern, die räumliche Trennung von Arm und Reich und die Gefahr gesehen, wohnungslos zu werden.

Deutlich wird auch, welche Maßnahmen von der Politik erwartet werden, um bezahlbares Wohnen zu ermöglichen: deutliche Zustimmung finden die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die Bereitstellung preiswerter Wohnungen für benachteiligte Menschen und die Förderung von Wohnungsgenossenschaften.

Die Realität sieht anders aus. So ist die Zahl sozial gebundener Wohnung in den vergangenen Jahren drastisch gesunken. Gab es 1987 noch 3,9 Mio. Sozialwohnungen in Deutschland,

waren es 2015 nur noch 1,3 Mio. Jedes Jahr fallen weitere 40.000 bis 60.000 Wohnungen aus der Sozialbindung.

Seit Jahren werden zudem zu wenig bezahlbare Wohnungen gebaut, vor allem im Bereich unterer Einkommensgruppen und für Familien. 2016 wurden 278.000 Baufertigstellungen gezählt, überwiegend im Eigenheim- und gehobenen Preissegment. Dabei liegt der Bedarf an Neubauten bei jährlich 350.000 bis 400.000 Wohnungen.

Wohnungsnot ist zu einer sozialen Wirklichkeit geworden, die gesellschaftspolitisches Konfliktpotenzial birgt. Immer mehr Menschen erleben sich als nahezu chancenlos auf dem Wohnungsmarkt. Oder sie haben damit umzugehen, dass sie mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Miete und Wohnkosten verwenden müssen. Dies bedeutet nicht nur soziale Härte und Frustration für den Einzelnen. Es geht um mehr: Wenn durch die Aufwertung eines Stadtteils einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen verdrängt werden, wirkt sich dies nicht nur auf die Lebensqualität der Menschen aus, sondern auch auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Zusammenhalt kann da entstehen, wo sich Menschen aus unterschiedlichen Milieus, Kulturen, Nationen und Einkommensschichten selbstverständlich im Alltag begegnen. Wenn die Zusammensetzung von Quartieren aber zunehmend durch den Geldbeutel bestimmt wird, führt dies zu einem Auseinanderdriften von Milieus und schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Politik hat den Handlungsbedarf erkannt. Wir begrüßen es, dass sich die Große Koalition auf einen Dreiklang von Wohnraumoffensive, den Schutz vor unbotmäßigen Mieterhöhungen und Baukindergeld für junge Familien geeinigt hat. Bundeskanzlerin Merkel hat diese Ziele vor wenigen Tagen in ihrem wöchentlichen Podcast bekräftigt. Als Ziel nennt sie den Bau von 1,5 Mio. neuen Wohnungen und Eigenheimen in den kommenden vier Jahren.

So ist u.a. vorgesehen, dass der Bund bis zum Jahr 2021 mit zwei Milliarden Euro die Länder dabei unterstützen will, in den Bau von Sozialwohnungen zu investieren. Diese Entscheidung ist zu begrüßen. Wichtig ist, dass diese Gelder von den Ländern an die Kommunen ungeschmälert weitergegeben und zweckgebunden verwendet werden.

Doch nicht nur Bund und Länder stehen bei dieser Frage in der Verantwortung. Die Kommunen haben hier eine wichtige Rolle. Sie sind zentrale Akteure in der Wohnungspolitik. Mit dem Bauplanungsrecht besitzen sie ein starkes Instrument, mit dem sie bestimmen können, wo, wie und was gebaut wird. Durch die Ausgestaltung der kommunalen Bau- und Liegenschaftspolitik können sie einen wesentlichen Beitrag zu einer sozial ausgerichteten Wohnungspolitik leisten.

Auch über ihre Wohnungsunternehmen haben die Kommunen eine unmittelbare Steuerungsmöglichkeit, um günstigen Wohnraum zu erhalten und zu schaffen. Das Ziel kommunaler Wohnungsgesellschaften sollte daher nicht größtmöglicher Gewinn sein, um die kommunalen Haushalte zu entlasten. Das Ziel sollte es sein, günstigen Wohnraum auch für Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen zu ermöglichen. Denn genau damit ist auch ein gutes Zusammenleben im Quartier zu fördern. Wohnungspolitik ist immer auch Sozialpolitik.

Nicht zuletzt sind auch die Bistümer und Pfarrgemeinden, kirchliche Wohnungsunternehmen und Caritasverbände mit Immobilienbesitz gefordert. Auch sie haben zu prüfen, welche Optionen bestehen, um bezahlbares Wohnen für mehr Menschen zu ermöglichen. Schon heute gibt es entsprechende Modelle, wie beispielsweise durch das Erzbistum Freiburg oder die Caritas in Dillingen an der Donau. Zudem bringen Caritasverbände vor Ort ihr Wissen aktiv in

Deutscher
Caritasverband e.V.

kommunale Planungsprozesse und städtebauliche Entwicklungen ein. Das geschieht beispielsweise im Rahmen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen.

Eine schnelle Lösung ist bei einem solch komplexen Thema nicht zu erwarten. Zu erwarten und zu fordern ist aber, dass Bund, Länder und Kommunen entschlossen handeln, um zu verhindern, dass Wohnraum zu einem Luxusgut wird. Andere relevante Akteure wie die Wohnungs- und Bauwirtschaft, der Mieterbund, die Gewerkschaften und die Wohlfahrtsverbände sind gefragt, mit ihrer je eigenen Kompetenz einen Beitrag zur Lösung des Problems zu leisten. Die Caritas-Kampagne „Jeder Mensch braucht ein Zuhause“ zeigt, dass wir dazu bereit sind.

Jetzt darf ich Sie, liebe Frau Kramp-Karrenbauer, um ihr Grußwort bitten und anschließend Sie, lieber Herr Bischof.

Prälat Dr. Peter Neher
Präsident des Deutschen Caritasverbandes